

Belegblätter...
 für den 21. Jan. 1909.
 Preis 10 Pf.
 ...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Zarif
 ...

Lobeck & Co. Dreiring-Cacao.
 Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
 Marienstraße 38/40.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
 Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Julius Schädlich
 Am See 16, part. u. l. Et.
 Beleuchtungs-Gegenstände
 für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

TELEPHON 1771
 LICHÉS
 JEDER ART
 WERNER & ZILKER
 DRESDEN A.
 Kataloge
 Inzerate
 ...

AK & S-Aufzüge
 sind unsere Spezialität seit 40 Jahren.
 Aug. Kühnscherf & Söhne
 Dresden-A., Grosse Plauensche Strasse 20.

Bruchbänder und Leibbinden

sowie alle sonstigen
 Bandagen u. Artikel zur
 Krankenpflege empfiehlt

Carl Wendschuchs
 Etablissement



Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Kälter, veränderlich.
 Die Zweite Kammer erledigte gestern das Diäten-
 gesetz und verschiedene Eisenbahnpetitionen.
 Die endgültige Entscheidung betr. Ausführung des
 Dresdner König-Georg-Denkmal ist zugunsten
 Professor Werbas gefallen.
 Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit dem Antrag
 auf reichsgesetzliche Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen
 dem Gesinde und den landwirtschaftlichen Arbeitern und ihren
 Arbeitgebern.
 Der Herzog der Abruzzan soll seine Demission als
 Schiffskommandant überreicht und erklärt haben, aus der Königl.
 Familie austreten zu wollen.
 In Waidring (Tirol) wurden fünf Personen von einer
 Lawine verschüttet.
 In Reggio di Calabria wurde ein neuerlicher starker
 Erdstos verpürt; aus Smyrna und anderen Orten der klein-
 asiatischen Küste wird ebenfalls heftiges Erdbeben gemeldet.
 Auf dem im Bau begriffenen Wasserwerken von
 Chicago brach Feuer aus. 20 Leichen wurden bisher
 gehorgen und 20 verletzte Arbeiter aufgenommen.

Die neue Bülow-Rede.

Die Rede, die der Reichskanzler und Ministerpräsident
 am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhause gehalten
 hat, geht ohne Zweifel trotz ihrer Popouirform zu den
 bedeutungsvollsten Kundgebungen des Fürsten Bülow. Mann-
 haft und deutlich hat er gesprochen über alles, was ihm
 am Herzen lag. Nicht nur der Inhalt, auch der Ton der
 Rede zeigt, daß Fürst Bülow sich auch der jetzigen schwierigen
 Situation in Preußen wie im Reich gewachsen fühlt
 und nicht, wie so oft behauptet worden ist, daran denkt,
 seinen offenen und geheimen Widersachern resigniert das
 Feld zu räumen. Daran ändert auch nichts der viel-
 bemerkte Umstand, daß besonders an der Stelle, wo der
 Reichskanzler nochmals auf die Kaiserinterview-
 Angelegenheit zu sprechen kam, seine Stimme merk-
 bar vor innerer Erregung ätzerte und in seinen Aus-
 sprechungen ein leichter Unterton von Ekel und Verdruss
 hörbar wurde, als er die „einseltigen oder perfiden Zeit-
 ungsartikel, den Klatsch und die Querelen“ erwähnte,
 denen sein Verhalten damals und zum Teil noch jetzt
 ausgesetzt wäre. Je größer die Distanz man zu den
 November-Ereignissen des vorigen Jahres gewinnt und je
 mehr dadurch die Objektivität des Urteils wächst, desto be-
 reitwilliger wird man anerkennen können, daß Fürst Bülow
 in jenen schweren kritischen Tagen als „wahrhafter
 Rosalk“ gehandelt hat, wie er am Dienstag selbst
 sich sagte. Die Spannung zwischen Krone und Nation
 wäre nicht so schnell und ohne unheilvolle Spuren zu
 hinterlassen, vorübergegangen, wenn nicht der Reichskanzler
 mit ebenso kluger, wie starker Hand die Rüst schnell über-
 brückt hätte. Sein damaliges Verhalten wird unter allen
 Umständen ein Ehrentitel für ihn bleiben, und was er am
 Dienstag darüber sagte, ist nur geeignet, diesen günstigen
 Eindruck noch zu verstärken. Mit allem Nachdruck betonte
 er, daß er sich als Mittler zwischen Krone und Volk fühlte,
 beider Rechte gleichmäßig zu vertreten und dafür zu sorgen
 habe, daß kein Zwiespalt zwischen ihnen entstehe, sondern
 die Verfassung nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem
 Geiste nach aufrechterhalten bleibe. Das ist ein konstitu-
 tionelles Bekenntnis, wie es gerade vom Fürsten Bülow nicht
 anders zu erwarten war, dessen Eigenart ihn von jeher
 dafür prädestiniert hat, überall, wo sich Gegensätze gegen-
 überstehen, ausgleichend und versöhnend zu wirken. Aber
 deswegen ist es auch einigermaßen auffallend, wenn am
 Dienstag der Kanzler im preussischen Abgeordnetenhause
 nochmals auf die Sache einging, um sein damaliges Ver-
 halten zu rechtfertigen, auffallend auch dann noch, wenn
 man in Rechnung setzt, daß vorher zwei Redner an die
 Kaiserdebatte im Reichstagsge- geführt hatten. Man wird
 den Eindruck nicht los, als ob irgend etwas nicht stimmt,
 als ob Fürst Bülow die Flucht in die Defensive
 leiht bei der ersten, besten Gelegenheit inheniert hat, um
 sich energisch vor aller Welt gegen seine offenen und ge-
 heimten Feinde zur Wehr zu setzen. Man weiß ja, von welcher
 Seite der Wind weht und von woher die systematischen
 Angriffe auf den Kanzler unternommen werden, Angriffe,
 die in veräbter Weise Mißtrauen zwischen Kaiser und
 Kanzler zu säen versuchen. Die Herren von der schwarzen
 Observanz waren denn auch mäschenstill, als Fürst Bülow
 sich gegen allen Klatsch und alle Verdächtigungen ver-

teidigte, aber die Rechte gab dem Kanzler durch lebhaften
 Beifall ein nicht mißzuverstehendes Vertrauensvotum, mit
 dem sich auch die überwiegende Mehrheit der deutschen
 Nation voll und ganz einverstanden erklären wird.
 Ebenso kraftvoll und deutlich, wie dieser Teil der
 Bülowischen Rede, waren die Ausführungen zum Fall
 Schüding und über die Rechte und Pflichten der politischen
 Beamten überhaupt. Hier stellte der preussische Minister-
 präsident zwei Sätze wie einen rocher de bronze auf: ein-
 mal betonte er, daß kein Beamter sich zur
 Sozialdemokratie bekennen dürfe, und zum
 anderen verlangte er, daß kein politischer Beamter
 „Politik auf eigene Faust“ treibe, wobei er
 sich auf Erlasse des Fürsten Bismark berief. Im
 übrigen könne, solange er an leitender Stelle stehe, jeder
 Beamte, gleichviel ob freisinnig oder konservativ, seine ehr-
 liche private Ueberzeugung auch in politischen Dingen
 haben. Andererseits wird man dem Fürsten Bülow Recht
 geben müssen, wenn er gleichzeitig forderte, daß die Be-
 amtenhaft in der öffentlichen Betätigung ihrer Anschau-
 ungen und Gesinnungen denjenigen Takt zeige und die-
 jenige Reserve sich aufzuerlegen habe, die in Rücksicht auf
 die neben- und übergeordneten Behörden nun einmal un-
 erläßlich sei. Sehr entschieden wandte sich der Kanzler
 gegen die Veruche dritter, von außen her in das Verhält-
 nis zwischen Vorgesetzten und Beamten sich einzumischen,
 wie es im Falle Schüding besonders von freisinniger
 Seite in wenig taktvoller Weise beliebt wurde. Diese Dar-
 legungen waren zwar nicht nach dem Geschmack der Linken,
 aber sie waren durchaus zutreffend, denn wohin sollten wir
 kommen, wenn nicht über die Beamten — selbstverständlich
 unter Wahrung der Rechtsgarantien — allein die vorge-
 setzte Behörde zu entscheiden hätte! Damit wäre geradezu
 unumglichen Zuständen Tür und Tor geöffnet und eine
 völlige Auflösung der alten, bewährten Beamten-
 disziplin im Anzuge. Fürst Bülow pointierte zum Schluß:
 „Hier sind Legislative und Exekutive streng zu scheiden.
 Selbst in rein parlamentarisch regierten Ländern — ich
 habe lange in solchen gelebt — wird kein pflichtbewusster
 Minister sich dieses Recht streitig machen lassen.“ Mit
 dieser kräftigen Note an den Freisinn, der im Falle des
 Bürgermeisters Schüding in Osnabrück in nasser Weise
 deswegen für sakrosankt erklärt wissen wollte, weil er zur
 freisinnigen Partei gehörte, schloß Fürst Bülow dieses
 Kapitel und ging zu anderen Dingen über. Er sprach kurz
 über die vielörterte Beurteilung des preussischen Kultus-
 ministers Holle und über die preussische Wahlrechtsreform,
 wobei er auf die Thronrede und auf die Zukunft ver-
 wies. Scheinbar ist auf dem Gebiete der Wahlrechtsreform im
 führenden Bundesstaate alles noch im weiten Felde, trotz
 des üblichen „großen Eifers, mit dem die Vorarbeiten be-
 trieben“ werden.

Man hat auch augenblicklich weit wichtigeres zu tun,
 als an diese heikle Frage zu rühren, die nicht geeignet ist,
 die Geister von rechts und links gegeneinander zu mobil-
 isieren. Das selbste gerade noch in einer Zeit, wo die größ-
 ten und schwierigsten Aufgaben finanzieller Art in Preu-
 ßen wie im Reich ihrer Lösung harren! Auch in Preußen
 ist man nicht mehr auf Rosen gebettet; der Rückgang der
 Staatsbahnüberschüsse hat im Verein mit dem allzu schnellen
 Anwachsen der Ausgaben das Gespinnst des Defizits auch
 dort heraufbeschworen, wo man es früher nicht für mög-
 lich gehalten hätte. Preußen steht jetzt, wenn anders die
 Beamtenbefolgungsvorlagen Gesetz werden sollen, vor der
 bitteren Notwendigkeit, die Steuerschraube kräftig anzu-
 ziehen. Kein Wunder, daß Fürst Bülow das Thema der
 Sparsamkeit in beweglichen Tönen behandelte und
 auch den Parlamentariern gehörig die Leuten las wegen
 ihrer Neigung, auf immer neue Ausgaben zu drängen, nur
 um sich bei den Wählern lieb Kind zu machen. Er er-
 innerte vornehmlich an die sozialpolitischen Vorlagen
 und die Verbesserung der Beamtengehälter und traf mit
 folgendem Satz den Nagel auf den Kopf: „Das sind ja sehr
 schöne, sehr gute, sehr vortreffliche Sachen, für die ich volles
 Verständnis besitze, aber hier wie überall muß der Grund-
 lag Geltung gewinnen, welcher die Grundlage jeder ver-
 nünftigen Privat- und Staatswirtschaft ist: keine neue Aus-
 gabe ohne entsprechende Deckung.“ Die lebhafteste Zustimmung
 die diesen Worten Bülow's zuteil wurde, berechtigt
 zu der Hoffnung, daß nun endlich einmal das bisherige
 Ins-Blanc-Eins-Wirtschaften aufhören möge, das die
 Hauptursache unserer Finanznot im Reich und in Preu-
 ßen ist. Gerade weil wir, wie der Kanzler mit vollem Recht
 hervorhob, wegen unserer geographischen und politischen
 Lage gewaltige Opfer für unsere Kriegsrüstung zu Wasser

und zu Lande bringen müssen, sind andererseits durch-
 greifende Maßnahmen zur Sparsamkeit nötig, denn erst
 auf solcher Basis wird die Finanzreform im Reich ihre
 segensreiche Wirkung voll entfalten können. Fürst Bülow
 versprach, daß die Regierung mit gutem Beispiel voran-
 gehen werde. In dem Rahmen seiner Sparsamkeitsmittel
 erwähnte der Kanzler auch die Maßnahme, für die er
 nachdrücklich bei den konservativen Stimmung zu machen
 suchte. Er wies scharf darauf hin, daß er gleich dem
 Finanzminister von Rheinbaben auch in dieser Hinsicht aus
 einem Saulus zu einem Paulus geworden sei und deshalb
 nicht die Hoffnung aufgab, auch die Konservativen möch-
 ten sich doch endlich zur Nachahmung bekehren, zumal auf
 Schonung des Grundbesitzes weitreichende Rücksicht genom-
 men worden sei. Mit besonderer Genugtuung wird in den
 Einzelstaaten die Energie begrüßt werden, mit welcher Fürst
 Bülow sich gegen jede Reichseinkommen- und Vermögens-
 steuer wandte, weil das de facto auf eine Mediatisierung
 der Bundesstaaten hinauslaufen würde. Hoffentlich bleibe
 die Reichsregierung hierin fest, trotz allen Schwierig-
 keiten von rechts und links.

Den Schluß der Bülow'schen Rede bildete ein Appell
 an die bürgerlichen Parteien, fest zusammenzu-
 stehen im Kampfe gegen die Umsturzpartei und ihrerseits
 alles zu vermeiden, was durch ein Uebermaß zerschender
 Kritik dem Umsturz den Boden bereiten könnte. Sehr richtig,
 denn die öffentliche Kritik hat sich letzten Herbst in national
 gekannten Kreisen nicht immer in weissen Grenzen gehalten.
 Aber andererseits muß von oben her alles getan werden, was
 den nicht ohne eigene Schuld ins Bankrott geratenen Autori-
 täten wieder neues Ansehen verschaffen kann. Dann wird
 sich die Kritik von selber mäßigen, weil sie erfahrungsgem-
 ß (von der Umsturzpartei natürlich abgesehen) nur dann
 die Staatsinteresse gebotenen Schranken durchbricht,
 wenn ihre Auditionen dauernd fruchtlos bleiben und sich
 deswegen allenthalben im Volk ein starker Unwille an-
 häuft, der schließlich zur Explosion drängt. Wie viel und
 wie massvoll ist der Kaiser jahrelang kritisiert worden, ehe
 es zur Novemberkatastrophe 1908 gekommen ist! Das sollte
 niemand vergessen, denn das deutsche Volk hat im allge-
 meinen eine Lammesgeduld und kann schon einen Puff
 vertragen, ehe es sich in maßloser Kritik selbst vergibt.
 Immerhin wird man dem Fürsten Bülow seine Mahnung
 nicht verübeln können, denn dieser letzten Monate Kriti-
 kastei war wirklich etwas zu viel des Guten, selbst für
 harte Nerven. Der Reichskanzler kann seine Dienstag-
 Rede — alles in allem genommen — getrost in sein Haben
 buchen: sie war, was das Eindrucksvolle an ihr ist, offen
 und ehrlich nach oben und unten, nach rechts und
 links hin und hat in mehr als einer Hinsicht fruchtbare
 Gesichtspunkte, die von allen, die sie anheben, hoffentlich
 beachtet werden. Denn so endete Fürst Bülow: „Aber
 lernen sollen wir aus der Geschichte. Wir sollen an allen
 Stellen stark, bescheiden, einfach und tüchtig sein. Dann
 werden die Schöne behaupten, was die Bäder erworben
 haben.“

Neueste Drahtmeldungen vom 20. Januar.

Deutscher Reichstag.
 Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Stadhagen begrün-
 det vor fast leerem Hause den sozialdemokratischen An-
 trag auf reichsgesetzliche Regelung des Ver-
 tragsverhältnisses zwischen dem Gesinde und den
 landwirtschaftlichen Arbeitern und ihren Ar-
 beitgebern. Der Antrag bewirkt freies Koalitionsrecht
 für die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde, fer-
 ner reichsgesetzliche Krankenversicherung, Regelung der Ar-
 beitszeit, sowie Aufhebung aller landesgesetzlichen Ge-
 bindenordnungen, zumal insoweit sie den Kontraktbruch
 des Gesindes und der landwirtschaftlichen Arbeiter unter
 Strafe stellen. Die gegenwärtigen Zustände, sagte Stadhagen,
 können für die hier in Betracht kommenden Kategorien
 von Arbeitern einer völligen Gesichts- und Rechts-
 losigkeit gleich. Durch die schlechte Rechtslage der ländlichen
 Arbeiter, besonders auf den großen Gütern, würde die Ar-
 beiternot nur verschärft. Die reichsgesetzliche Krankenver-
 sicherung sei den Landarbeitern schon lange versprochen. Wenn
 es Millionen Landarbeiter gebe, in Preußen und Nieder-
 bayern, die nur 100 Mk. Jahreslohn hätten, so sei es eine
 Schmach, solchen Leuten noch Geldstrafen aufzuerlegen für
 Kontraktbruch. Mit Recht habe man einmal die Zustände
 auf dem Lande gekennzeichnet als „Despotismus, gemildert
 durch Vertragsbruch“. Ein Präjudiz, wie es vor Zeiten
 für Sklaven gegeben hat, existiert im Reich nicht, trotzdem
 kennen unsere Gesindeordnungen noch ein „mildes Prä-
 judizrecht“. Das verlohne gegen Reichsrecht und müsse
 aufhören! Befreien Sie diese Kulturschande, indem Sie
 unseren Antrag annehmen! — Abg. Kene (r. l.): Der
 Antrag ist nur eine Demonstration! (Widerspruch links.)

Pfunds sterilisierter Kindermilch Trecker-
 Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzener Str. 79/81